Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/7473 (neu)

21. 06. 90

Sachgebiet 7401

Antrag

der Abgeordneten Graf von Waldburg-Zeil, Dr. Pinger, Feilcke, Frau Fischer, Hedrich, Höffkes, Dr. Kronenberg, Dr. Kunz (Weiden), Frau Männle, Dr. Pohlmeier, Frau Rönsch (Wiesbaden), Schreiber, Frau Augustin, Austermann, Börnsen (Bönstrup), Breuer, Carstensen (Nordstrand), Dr. Fell, Francke (Hamburg), Fuchtel, Frau Geiger, Dr. Grünewald, Frau Dr. Hellwig, Herkenrath, Hinsken, Hornung, Dr. Jobst, Dr.-Ing. Kansy, Dr. Kappes, Kossendey, Lenzer, Frau Limbach, Maaß, Magin, Marschewski, Müller (Wadern), Nelle, Oswald, Pesch, Pfeffermann, Regenspurger, Ruf, Sauter (Epfendorf), Frau Schätzle, Schartz (Trier), Schemken, Schmidbauer, von Schmude, Dr. Schroeder (Freiburg), Schulhoff, Schulze (Berlin), Schwarz, Dr. Schwörer, Spilker, Dr. Stercken, Susset, Dr. Uelhoff, Wilz, Frau Dr. Wisniewski und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Hoppe, Bredehorn, Dr. Feldmann, Frau Folz-Steinacker, Dr. Hitschler, Dr. Hoyer, Irmer, Kohn, Nolting, Richter, Ronneburger, Frau Dr. Segall, Frau Seiler-Albring, Dr. Solms, Frau Walz, Zywietz und der Fraktion der FDP

Ein gemeinsamer deutscher Beitrag für eine verstärkte Entwicklungszusammenarbeit durch Entspannung zwischen Ost und West

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

   Die Überwindung des Ost-West-Konflikts sowie die dynamische Entwicklung in den Ländern Mittel- und Osteuropas in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft verbessern auch die Entwicklungschancen der Dritten Welt.

   Denn einerseits haben die Vorgänge in den sozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas Signalcharakter auch für die Dritte Welt, sowohl für die Lösung regionaler Konflikte, als für den Erfolg friedlicher innerer Reformen.

   Andererseits macht die Überwindung der Konfrontation in Europa auch den Weg frei für gemeinsame Anstrengungen zur Lösung der überragenden globalen Zukunftsaufgaben der Menschheit: Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, Kampf gegen Hunger und Armut, gegen Seuchen und Drogen, für tragfähiges Wachstum und eine sozial gerechte Verteilung des daraus erwachsenden Nutzens sowie Grundbildung für alle.

2. Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß die Bundesregierung

   – sich nachhaltig für einen Erfolg des KSZE-Prozesses und insbesondere für die Verabschiedung des Dokuments der Bonner Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa eingesetzt hat, dessen Kernaussagen den untrennbaren Zusammenhang zwischen der Achtung der Menschenrechte, der Nichtdiskriminierung, der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit sowie der auf privater Initative beruhenden sozialen und ökologischen Marktwirtschaft unterstreichen;

   – den Signalcharakter der Vorgänge in Europa auch gegenüber der Dritten Welt deutlich macht;

   – mit der Regierung der DDR den Dialog über eine schrittweise gemeinsam zu gestaltende Nord-Süd-Politik im Sinne einer gemeinsamen Verantworung der Deutschen gegenüber der Dritten Welt aufgenommen hat;

   – ihre Abrüstungsanstrengungen auch mit dem Ziel unternimmt, freiwerdende Ressourcen zur Lösung der Entwicklungsprobleme in den Ländern der Dritten Welt einzusetzen und diese am Abrüstungsprozeß zu beteiligen;

   – wiederholt versichert hat, daß die jetzt notwendigen Finanzleistungen für die deutsche Einheit und für die Zusammenarbeit mit Osteuropa nicht zu Lasten der Hilfe für die Dritte Welt gehen werden.

3. Die Bundesregierung wird aufgefordert,

   am Beispiel der deutschen Vereinigung die Möglichkeiten zu erproben und zu demonstrieren, die sich aus der Ost-West-Entspannung für die Dritte Welt ergeben, indem sie sich gemeinsam mit der DDR bemüht,

   – Waffenlieferungen in Spannungsgebiete durch internationale Absprachen zu verhindern;

   – auf Konfliktparteien in der Dritten Welt einzuwirken, die früher in ihrem Kampf von Ost und West unterstützt wurden, die Konflikte friedlich, demokratisch und auf dem Weg des Dialogs und unter Wahrung der Menschenrechte zu lösen;

   – in der DDR ausgebildeten Fach- und Führungskräften aus der Dritten Welt im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit die Möglichkeit anzubieten, sich das Wissen um die Grundlagen sozialer Marktwirtschaft und Demokratie in Fortbildungsmaßnahmen anzueignen;

   – bei der öffentlichen Entwicklungshilfe dafür zu sorgen, daß der deutsche ODA-BSP-Anteil auch bezogen auf das BSP eines vereinigten Deutschlands nicht absinkt, sondern mindestens den 1989 erreichten Anteil von 0,41 Prozent beibehält.

4. Die Bundesregierung wird aufgefordert, über die Erfolge ihrer Bemühungen dem Deutschen Bundestag zu berichten.

Bonn, den 21. Juni 1990

Graf von Waldburg-Zeil
Dr. Pinger
Feilcke
Frau Fischer
Hedrich
Höffkes
Dr. Kronenberg
Dr. Kunz (Weiden)
Frau Männle
Dr. Pohlmeier
Frau Rönsch (Wiesbaden)
Schreiber
Frau Augustin
Austermann
Börnsen (Bönstrup)
Breuer
Carstensen (Nordstrand)
Dr. Fell
Francke (Hamburg)
Fuchtel
Frau Geiger
Dr. Grünewald
Frau Dr. Hellwig
Herkenrath
Hinsken
Hornung
Dr. Jobst
Dr.-Ing. Kansy
Dr. Kappes
Kossendey
Lenzer
Frau Limbach
Maaß
Magin
Marschewski
Müller (Wadern)
Nelle
Oswald
Pesch
Pfeffermann
Regenspurger
Ruf
Sauter (Epfendorf)
Frau Schätzle
Schartz (Trier)
Schemken
Schmidbauer
von Schmude
Dr. Schroeder (Freiburg)
Schulhoff
Schulze (Berlin)
Schwarz
Dr. Schwörer
Spilker
Dr. Stercken
Susset
Dr. Uelhoff
Wilz
Frau Dr. Wisniewski
Dr. Dregger, Dr. Bötsch und Fraktion

Hoppe
Bredehorn
Dr. Feldmann
Frau Folz-Steinacker
Dr. Hitschler
Dr. Hoyer
Irmer
Kohn
Nolting
Richter
Ronneburger
Frau Dr. Segall
Frau Seiler-Albring
Dr. Solms
Frau Walz
Zywietz
Mischnick und Fraktion

Begründung

In der Dritten Welt herrscht heute die Sorge, daß die Ost-West-Entspannung die Aufmerksamkeit von den Problemen der Dritten Welt abziehen könnte, daß Hilfe, Kapital und Fachkräfte hauptsächlich zum Wiederaufbau in Mittel- und Osteuropa gebraucht werden und die Entwicklungshilfe der Industrieländer zurückgehen werde.

Übersehen wird dabei der hohe entwicklungspolitische Nutzen der Ost-West-Entspannung und der gemeinsamen Bemühungen um eine verstärkte Zusammenarbeit.

Die unheilvolle Überlagerung vielfacher innerer Spannungen in der Dritten Welt durch den Ost-West-Konflikt hat dazu geführt,

— daß in einigen Regionen der Dritten Welt über die legitimen Sicherheitsinteressen hinaus mehr Ressourcen für die Rüstung verwendet wurden und den eigenen Entwicklungsanstrengungen somit verlorengingen;

— daß ethnische Spannungen, Grenzstreitigkeiten, Machtkämpfe unter Führungseliten und Bürgerkriege über die regionale Bedeutung hinaus Dimensionen und eine zeitliche Dauer erhielten, die zur weitgehenden Zerstörung der Infrastruktur führten und zunehmend entwicklungspolitische Bemühungen erschwerten;

— daß menschenrechtsverletztende Regime sich durch Schaukelpolitik zwischen Ost und West zu halten vermochten;

— daß die enge Bindung an das planwirtschaftliche Denken in den sozialistischen Staaten und der weitgehende Ausschluß von Eigenverantwortung, Subsidiarität und Elementen sozialer Marktwirtschaft Entwicklungsländer in ähnliche Schwierigkeiten brachten, wie sie heute in den RGW-Staaten durch grundlegende Reformen gemeistert werden sollen;

— daß dieselben Unterdrückungsstrukturen, die sich mit dem Begriff der sozialistischen Staatssicherheit verbinden, in die Dritte Welt exportiert wurden und dort zur Absicherung von Diktaturen dienten.

Wenn künftig anstelle von Rüstungsausgaben die freiwerdenden Ressourcen für notwendige Entwicklungsmaßnahmen eingesetzt würden, ergäben sich in den betroffenen Staaten große Chancen für einen eigendynamischen Entwicklungsprozeß.

Weltweit sind die Chancen gigantisch – wenn man etwa die Rüstungsausgaben als Indikator der Fehlentwicklung nimmt. Die Bundesrepublik Deutschland und die DDR sollten in dem Prozeß der Befriedung durch Entspannung und Verbesserung von Entwicklungschancen in der Dritte Welt Pionierdienste leisten.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333